

Beschluss (Post)Koloniale Erinnerungskultur in Hamburg stärken, Forschungsstelle „Hamburgs (post)koloniales Erbe“ der Universität Hamburg sichern und verstetigen

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 27.04.2024
Tagesordnungspunkt: 9 Anträge

Antragstext

1 Deutschland war 1914 das drittgrößte Kolonialreich der Welt. Es richtete 1884
2 die so genannte „Afrika-Konferenz“ aus, die die Aufteilung des afrikanischen
3 Kontinentes unter den europäischen Mächten organisierte. Deutschland trägt
4 deshalb eine besondere Verantwortung gegenüber dem Globalen Süden, die
5 Geschichte des Kolonialismus aufzuarbeiten.

6 Hamburg – mit seinem Hafen, den Reedereien und Kaufleuten – und Berlin – als
7 Sitz der Regierung, die die Afrika-Konferenz ausrichtete –, bildeten die Achse
8 des deutschen Kolonialismus. Eine Aufarbeitung auch der Wissensgeschichte des
9 Kolonialismus und ein dekoloniales Erinnerungskonzept muss diese Achse
10 berücksichtigen. Sinnvoll ist eine vom Bund geförderte wissenschaftliche und
11 erinnerungskulturelle Aufarbeitung. Bereits vor 2021 haben Bündnis 90/Die GRÜNEN
12 hierzu diverse Vorstöße gemacht. Seit der grünen Regierungsbeteiligung ist unter
13 der Federführung des Auswärtigen Amtes unter unserer grünen Außenministerin
14 Annalena Baerbock die Restitution entwendeter Kulturgüter – etwa mit der
15 Rückgabe der Benin-Bronzen – angelaufen. Die Konzepte einer feministischen
16 Außenpolitik und damit verbunden auch einer feministischen
17 Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigen wichtige Erkenntnisse auch der
18 historischen postkolonialen Forschung. Denn die von Europa ausgehende
19 Unterwerfung des Globalen Südens war von Anfang an auch mit der Etablierung und
20 Festigung der Geschlechterhierarchien und Marginalisierung weiter
21 Bevölkerungsgruppen im Inneren und dem ‚Export‘ der hiermit verbundenen
22 Denkmuster verbunden. Die Ausbeutung von Frauen durch unbezahlte Care-Arbeit und
23 die Ausbeutung der Länder des globalen Südens sind zwei Seiten derselben
24 Medaille. Dass diese Zusammenhänge sichtbar werden, dass Konzepte wie
25 „feministische Außen- und Entwicklungspolitik“ Teil der Debatte und zur
26 Grundlage politischen Handels geworden sind, ist das Verdienst mutiger grüner
27 Frauen.

28 Gegenwärtig geraten – infolge der multiplen Krisen und des Erstarkens der
29 Rechten und der von diesen betriebenen Polarisierung und Spaltung der
30 Gesellschaft – auch solche Konzepte unter Beschuss. Die nötige Aufklärung ist
31 damit in Gefahr. Denn die Strategie der Rechten besteht wesentlich darin, Ängste
32 vor sozialem Abstieg, sozialer Exklusion und Ohnmachtserfahrungen auszunutzen,
33 um durch eine Rückbesinnung auf tradierte Rollenbilder, Vorstellungen
34 vermeintlich nationaler Größe und der Selbsterhebung gegenüber Minderheiten die
35 gesellschaftliche Solidarität auszuhöhlen.

36 Daher halten wir es für unabdingbar, eine offensive dekoloniale Wissenschafts-
37 und Erinnerungspolitik voranzubringen. Aufklärung ist – wie wir Deutsche aus der
38 Aufarbeitung der Nationalsozialismus gelernt haben – schmerzhaft, und zwar bis
39 in persönliche Familienstrukturen hinein. Dies gilt auch für die Geschichte
40 einer Stadt.

41 So verdiente Hamburg massiv am Handel mit Kautschuk, Palmöl und Kakaobohnen. Der
42 Baakenhafen in der HafenCity war Ausgangspunkt der Truppen, die im 20.
43 Jahrhundert nach Südwestafrika abfuhr. Auch Lothar von Trotha, der für den
44 ersten deutschen Genozid in der deutschen Geschichte verantwortlich ist, fuhr
45 von Hamburg aus los. Ca. 100.000 Herero und Nama wurden von deutschen Truppen
46 ermordet. Die Schiffe stammten vom Hamburger Kaufmann und Reeder Adolph
47 Woermann.

48 Wir sehen in einem angemessenen Umgang mit dieser Geschichte ein großes
49 Potenzial. Hamburg kann in der Aufarbeitung der europäischen Kolonialgeschichte
50 seine Funktion als ‚Leuchtturm‘ ausbauen – und damit auch ein Bollwerk gegen den
51 gegenwärtig in ganz Europa zu beobachtenden Rechtsruck sein. Als Hamburger GRÜNE
52 setzen wir uns daher weiter dafür ein, die Erinnerungskultur hier in unserer
53 Stadt offensiv fortzusetzen und die dekoloniale Forschung in Hamburg fest zu
54 verankern. 2014 hat der Hamburger Senat die Forschungsstelle "(Post)Koloniales
55 Erbe" eingerichtet, um den Kolonialismus in Hamburg aufzuarbeiten. Die
56 Forschungsstelle erforscht „[...] Dynamiken, Repräsentationen, Nachwirkungen und
57 Kontroversen des (deutschen) Kolonialismus und der Globalisierung (oder
58 richtiger: der Kolonialismen und Globalisierungen) in Vergangenheit und
59 Gegenwart und ihre komplexen Verbindungen und Bedeutungen für postkoloniale
60 Gesellschaften [...]“ Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung
61 unserer kolonialen Geschichte. Mit einer geplanten neuen Profilinitiative zu
62 „(Post)Kolonialen Ordnungen“, deren Teil die Forschungsstelle ist, setzt die
63 Universität Hamburg diese Schwerpunktsetzung fort und bettet sie weiter
64 interdisziplinär ein.

65 Seit 2017 gibt es in Hamburg außerdem den Runden Tisch „Koloniales Erbe“, an dem
66 Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam über Strategien diskutieren.

67 2019 wurde dann zusätzlich ein Beirat zur Dekolonisierung Hamburg einberufen,
68 der aus Expert*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kultur, Bildung,
69 Medien, Soziales, Wirtschaft und Verwaltung besteht. Ein vom Beirat erarbeitetes
70 Eckpunktepapier wird aktuell zu einem gesamtstädtischen dekolonisierendes
71 Erinnerungskonzept ausgearbeitet, welches der Bürgerschaft 2024 als Drucksache
72 vorgelegt werden soll.

73 Ein zentraler Bestandteil einer postkolonial orientierten Politik ist nicht nur
74 der Blick und Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern auch die Gestaltung der
75 Gegenwart und Zukunft. Auch in Anbetracht der gegenwärtigen Veränderungen der
76 globalen Weltordnung wird die hiermit verbundene Verantwortung unübersehbar:
77 Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist deutlich
78 geworden, dass viele Staaten im globalen Süden weniger dem Westen, sondern mit
79 dem Schwinden des amerikanischen Einflusses zunehmend ihren eigenen Interessen
80 folgen: Eine klare, ehrliche und selbstkritische Auseinandersetzung des Westens
81 mit der eigenen kolonialen Vergangenheit, der auch den selbstkritischen Umgang
82 mit den Doppelstandards bei der Durchsetzung von Werten einbezieht, würde ein
83 positives Signal an Staaten mit kolonialer Erfahrung senden und könnte
84 verhindern, dass autoritäre Staaten diese Situation ausnutzen und ihren
85 Einflussbereich ausbauen können. Als „Tor zur Welt“ – in einem gegenwärtigen
86 Selbstverständnis, das auch die dunklen Seiten der historischen Perspektive
87 nicht ignoriert, – hat Hamburg ein immenses Potenzial hier voranzuschreiten und
88 ist bereits auf dem Weg:

89 Hamburg hat daher die Senatsdrucksache im Jahr 2014 auch in den Rahmen der
90 Partnerschaft mit Dar es Salaam in Tansania gestellt. Zwischen den beiden
91 Städten besteht seit 2010 eine Partnerschaft, diese wurde 2022 auch nochmals
92 bekräftigt und vertieft. Daneben gibt es seit 1989 eine Partnerschaft zwischen
93 Hamburg und León in Nicaragua.

94 Die Zusammenarbeit mit Dar es Salaam findet in verschiedenen Themenfeldern
95 statt, insbesondere durch zivilgesellschaftliche Organisationen, die vom Senat
96 gefördert werden. Der Senat bringt sich teilweise aber auch über die
97 Senatskanzlei direkt ein, beispielsweise bei Projekten mit Mexiko-Stadt oder
98 auch Dar es Salaam mit dem Bund-Länder-Programm, welches vom Bundesministerium
99 für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und von der
100 Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH aus dem GIZ
101 Regionalbüro in Hamburg umgesetzt wird. Dabei unterstützt Hamburg beispielsweise
102 über die HafenCity Universität und HamburgWasser das Starkregenwassermanagement
103 in einer Gesundheitsstation in Dar es Salaam. Darüber hinaus arbeitet Hamburg
104 auch im Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit zu
105 entwicklungspolitischen Themen. Hamburg hat dabei als nur eines von vier
106 Bundesländern keine ausformulierten entwicklungspolitischen Leitlinien und das,
107 obwohl es im Vergleich zu den anderen Bundesländern viele Mittel dafür
108 bereitstellt. Als Bundesland hat Hamburg hier keinen ausdrücklichen Auftrag sich
109 zu engagieren, aber es ist wichtig, dass Hamburg seine Verantwortung ernst
110 nimmt, sei es bezüglich der kolonialen Vergangenheit, aber auch wegen unseres
111 Beitrags zur Klimakrise.

112 Wir begrüßen das bestehende Engagement Hamburgs ausdrücklich. Doch aus unserer
113 Sicht muss hier noch deutlich mehr passieren.

114 Seit einem Jahr gibt es auf Bundesebene das Ziel einer feministischen
115 Entwicklungszusammenarbeit mit einem expliziten Fokus auf eine dekoloniale
116 Umsetzung derselben, beispielsweise durch den aktiven Austausch mit
117 zivilgesellschaftlichen Expert*innen aus dem Globalen Süden. Daran muss sich auch
118 Hamburg orientieren!

119 Die Forschungsstelle setzt einen solchen Ansatz in ihrer Forschung bereits seit
120 Jahren um, indem sie regelmäßig Forscher*innen aus Ländern des Globalen Südens
121 nach Hamburg einlädt, um hier zu Fragen des Kolonialismus in Hamburg und dessen
122 Verbindungen in die Welt zu forschen. Gerade die Universität in Dar es Salaam
123 spielt hier eine wichtige Rolle. Genau solche partizipativen Ansätze in einer
124 Partnerschaft auf Augenhöhe, insbesondere zu kritischen Themen in Hamburgs
125 Geschichte müssen verstärkt gefördert werden.

126 Wir fordern daher konkret:

- 127 • Als Grüne bekennen wir uns zur Verantwortung für die wissenschaftliche
128 Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Hamburgs und wollen die
129 Forschung zum (post)kolonialen Erbe in Hamburg und die Kooperationen mit
130 dem globalen Süden stärken. Wir unterstützen unsere Senats- und
131 Bürgerschaftsmitglieder dabei, sich weiterhin mit Nachdruck einzusetzen
132 für die Fortführung und Verstetigung der Forschungsstelle „Hamburgs
133 (post)koloniales Erbe.
134 Dafür soll die Grundfinanzierung mindestens auf bisherigem Niveau erhalten
135 bleiben. Ergänzend sollte kontinuierlich versucht werden, Bundesmittel
136 einzuwerben. Wir wollen zudem, dass sich die Senats- und

- 137 Bürgerschaftsmitglieder weiterhin dafür stark machen, die Forschungsstelle
138 im Rahmen der geplanten Profinitiative zum (post)kolonialen Erbe an der
139 Uni Hamburg sichtbar zu erhalten..
- 140 • Sichtbare Erinnerungs- und Begegnungsorte überall dort, wo deutsche
141 Kolonialgeschichte sich in Hamburg manifestierte (im Baakenhafen, im
142 Harburger Binnenhafen, u.a.m.)
 - 143 • Kontextualisierung der bestehenden Denkmäler mit kolonialem Hintergrund
144 wie beispielsweise des Bismarck-Denkmal. Dessen kommentarlose
145 Restaurierung finden wir nicht akzeptabel.
 - 146 • Die Verankerung von Lehrkonzepten und Lerneinheiten zum Kolonialismus in
147 Lehrplänen aller Hamburger Schulen und die Förderung von entsprechenden
148 Fortbildungen für Lehrer*innen.
 - 149 • Die Entwicklung von Lehrkonzepten und Lerninhalten zur Kolonialität des
150 Kulturellen für die Hamburger Hochschulen (inkl. künstlerischer
151 Hochschulen).
 - 152 • Erhöhung der bereitgestellten Mittel für Projekte in der
153 Entwicklungszusammenarbeit durch die Senatskanzlei und andere Behörden um
154 mindestens 10%, in der Senatskanzlei sollen jährlich mindestens 500.000
155 EUR bereitgestellt werden.
 - 156 • Sicherstellung der Umsetzung einer dekolonialen Entwicklungszusammenarbeit
157 bei Förderung von Projekten und Umsetzung mit Partnern in Dar es Salaam
158 und anderen Städten, beispielsweise durch Anerkennung von kolonialen
159 Kontinuitäten in der Entwicklungszusammenarbeit und der historischen
160 Verantwortung Hamburgs für den Kolonialismus. Zudem soll die aktuell
161 laufende Überarbeitung der Förderrichtlinien des Senats für Projekte in
162 der Entwicklungszusammenarbeit sicherstellen, dass in den zukünftigen
163 Richtlinien ein expliziter Fokus auf eine feministische, dekoloniale
164 Entwicklungszusammenarbeit gelegt wird, durch die Vorgabe, dass mindestens
165 70% der eingesetzten Mittel auf dieses Ziel hinarbeiten, beispielsweise
166 durch die Anwendung gendertransformativer Ansätze oder die Unterstützung
167 kritischer, dekolonialer Forschung in den Partnerstädten.